



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSISCHE GESELLSCHAFTSSPIELE

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Die russische Jugendbewegung »Naschi«.	
Aufstieg und Fall eines polittechnologischen Projekts in der Ära Putin	2
Regina Heller, Hamburg	
■ UMFRAGE	
Jugend und Politik in Russland	5
Politische Jugendorganisationen in den Umfragen der	
»Stiftung Öffentliche Meinung« (April 2007) ...	5
... und des WZIOM (Oktober 2007)	6
Die Sechzehnjährigen von heute	8
■ KOMMENTAR	
Politskandal in Tambow und Homopolitik in Russland	10
Dietrich Beyrau, Tübingen	
■ DOKUMENTATION	
Dokumente zur Affäre Kosenkow	12
■ UMFragen	
Haltung der russischen Gesellschaft zur Homosexualität	14
■ DOKUMENTATION	
Freedom House: Nations in Transit 2008	16
■ CHRONIK	
Vom 26. Juni bis zum 10. Juli 2008	18



Von der Redaktion

На дачу – in die Sommerpause

Die »Russlandanalysen« machen im Juli und August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 169 – erscheint am 18. September 2008. Geplant ist u. a. eine Bilanz der ersten Monate der Präsidentschaft Medwedjews.

Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Die russische Jugendbewegung »Naschi«. Aufstieg und Fall eines polittechnologischen Projekts in der Ära Putin

Regina Heller, Hamburg

Zusammenfassung

Die Jugendbewegung »Naschi« (Die Unsrigen) ist die bekannteste und erfolgreichste unter den in den letzten Jahren in Russland entstandenen regierungsfreundlichen Jugendorganisationen. Doch bei den Unsrigen, die vor allem für ihre schrillen Aktionen und ihr rüdes Vorgehen gegen Oppositionelle bekannt geworden sind, handelt es sich weniger um eine »von unten« gewachsene Jugendbewegung, sondern um ein polittechnologisches Projekt der Ära Putin. »Naschi« wurde unter dem Eindruck der bunten Revolutionen im post-sowjetischen Raum ins Leben gerufen, um unter Russlands Jugendlichen eine »anti-orange« Stimmung zu erzeugen und eine Massenmobilisierung während der Duma- und Präsidentschaftswahlen 2007/2008 zu verhindern. Als Drahtzieher im Kreml gilt der Putin-Vertraute Wladislaw Surkow. Mit der Absicht, das Mobilisierungspotenzial von »Naschi« zu erhöhen, hat die Regierung beträchtliche administrative und finanzielle Ressourcen bereitgestellt. Die Rechnung ist aufgegangen: Das politische Regime konnte sicher durch die turbulente Wahlperiode gebracht werden. Nun sucht der Kreml Wege, die Geister, die er einst rief, wieder loszuwerden.

Die Jugendbewegung »Naschi«

Etwa ein halbes Dutzend regierungsfreundlicher Jugendorganisationen ist in den letzten Jahren in Russland entstanden. Diese Gruppen haben es geschafft, Jugendliche in Scharen auf die Straße zu bringen und sie für ihre politischen Ziele zu mobilisieren. Ihre Anziehungskraft ist bemerkenswert, gelten doch russische Jugendliche mehrheitlich als politisch uninteressiert und apathisch. Unter diesen politischen Jugendorganisationen hat zweifelsfrei die im März 2005 gegründete Putin-freundliche Jugendbewegung »Naschi« (Die Unsrigen) den rasantesten Aufstieg genommen: Innerhalb von nur drei Jahren ist die Zahl ihrer Mitglieder auf über 120.000 angewachsen, und die Zahl der Sympathisanten dürfte noch einmal um ein Vielfaches höher liegen.

Bekannt geworden ist »Naschi« wegen ihrer schrillen Protestaktionen und medienwirksam inszenierten

Massenkundgebungen, an denen in der Vergangenheit im Schnitt mehrere 10.000 Jugendliche teilgenommen haben. Ihre Aktivitäten richteten sich bislang vor allem gegen die politische Opposition in Russland, aber auch vor Protesten gegen das westliche Ausland hat »Naschi« nicht zurückgeschreckt. International in die Schlagzeilen gerieten die Unsrigen im Frühjahr 2007, als es im Rahmen von Massenprotesten gegen die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals im estnischen Tallinn zu Straßenkrawallen und zu Handgreiflichkeiten gegen die estnische Botschafterin in Moskau kam.

Eine politische Kopfgeburt vor dem Hintergrund der Orangen Revolution

Vieles spricht dafür, dass »Naschi« unter dem Eindruck der Orangen Revolution in der Ukraine von Politstrategen im Umfeld des damaligen russischen Präsidenten Putin geschaffen worden ist, um eine »anti-

orange« Stimmung auf Russlands Straßen zu erzeugen und angesichts der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2007/2008 eine mögliche Massenmobilisierung gegen das politische Regime in Russland zu verhindern. Denn die bunten Revolutionen im postsowjetischen Raum schürten in den Reihen der russischen Regierung die Angst vor einem Überschwappen ähnlicher Szenarien auf Russland. Diese Angst wurde insbesondere von Wladislaw Surkow, dem langjährigen Putin-Berater, Chef-Ideologen und stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung unter Putin, angeheizt. Surkow hatte im Zuge der Orangen Revolution die These vertreten, die liberale Opposition und das westliche Ausland wollten auch in Russland eine Revolution anzetteln und die staatliche Macht im Land untergraben. In dieser Situation wuchs der scheinbare Druck auf die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um den politischen *Status quo* in Russland zu erhalten.

In diesem Zusammenhang geriet insbesondere die Rolle von Jugendlichen verstärkt ins Blickfeld der Politstrategen. Hatten doch die Ereignisse in der Ukraine gezeigt, dass es vor allem regimekritische Jugendorganisationen gewesen waren, die die Bevölkerung gegen ihre eigene Regierung auf die Straßen gebracht und so maßgeblich zum Machtwechsel mit beigetragen hatten. Außerdem hatten Aktivisten aus der Ukraine, aus Georgien und Serbien – zum Teil finanziert durch westliche NGOs – damit begonnen, ihr Wissen und ihre Praktiken in weitere Länder des postsowjetischen Raums, darunter auch Russland, zu exportieren. Beides dürfte schließlich Auslöser dafür gewesen sein, dass »Naschi« im März 2005 als Gegenbewegung zu den regimekritischen Jugendorganisationen im postsowjetischen Raum in Gang gesetzt wurde.

Wladislaw Surkow: der Drahtzieher im Kreml

Dass der Kreml-Strategie Surkow hinter dem Aufbau von »Naschi« steht, kann kaum angezweifelt werden. Der Autor der »gelenkten« und »souveränen Demokratie« wird immer wieder in Zusammenhang mit der Jugendbewegung gebracht; er selbst hat sich wiederholt öffentlich zu »Naschi« und seinen Aktivitäten geäußert. Mit dem heute 36-jährigen Wasili Jakemenko, dem offiziellen Gründer und bis vor kurzem noch Kopf von »Naschi«, verbindet Surkow außerdem eine langjährige Bekanntschaft, die bis in die frühen Jahre der Putin-Präsidentschaft zurückreicht. Damals war der aufstrebende Jakemenko für kurze Zeit in der Präsidialverwaltung tätig. Jakemenko war es auch, der zu dieser Zeit und vermutlich unter den wohlwollenden Augen Surkows die erste Kreml-treue Jugendorganisation »Iduschtschie w meste« (Gemeinsam Gehen) ins Leben rief. Schon damals hatte Surkow den Aufbau

regierungsfreundlicher Jugendorganisationen aktiv unterstützt und betont, die Regierung benötige die Unterstützung der Straße, um in politischen Positionskämpfen erfolgreich bestehen zu können.

Während die ersten Kreml-freundlichen Jugendorganisationen jenseits einer starken Fixierung auf die Person Putin keine gezielte Agenda vorweisen konnten und sich stattdessen durch eratische und in der russischen Öffentlichkeit mitunter sehr kontrovers diskutierte Aktionen auszeichneten, wurde »Naschi« ganz konsequent auf den Kampf gegen die »orange Gefahr« ausgerichtet und sollte möglichst schnell eine »anti-orange« Stimmung unter Russlands Jugendlichen erzeugen. Hierzu wurde die Organisation mit einer national-patriotischen Ideologie unterfüttert, die ihre Programmatik anleitet. »Naschi« unterstützt die politischen Ziele Putins und versteht sich – ganz im Surkow'schen Duktus und Sinne – als Bollwerk im Kampf gegen alle, die sich gegen diese Ziele verschworen haben. In ihrem »Manifest« spricht die Organisation von der »vaterlandsfeindlichen Koalition von Oligarchen, Anti-Semiten, Nazis und Liberalen«, die Russland in eine Krise stürzen wollen und die es zu bekämpfen gilt. Auf die bevorstehende Aufgabe wurde »Naschi« von Surkow höchstpersönlich eingeschworen. Auf ihrem Gründungskongress im Februar 2005 rief er den Jugendlichen zu: »Die Revolutionen in Georgien, Serbien und in der Ukraine [...] werden wir in Russland nicht zulassen«.

Erhöhtes Mobilisierungspotenzial dank staatlicher Ressourcen

Wurden die Handlungsmöglichkeiten regierungskritischer Organisationen während der Putin-Regierung sukzessive beschnitten, so ist der regierungsfreundlichen Jugendorganisation »Naschi« der Zugang zu staatlichen Ressourcen deutlich erleichtert worden. »Naschis« ausgeprägtes Mobilisierungspotenzial der letzten Jahre war nicht zuletzt die Folge einer massiven finanziellen und administrativen Unterstützung durch die Putin-Administration. Geschätzt wird, dass die Regierung in der Vergangenheit monatlich mehrere 100.000 US-Dollar für die Finanzierung von »Naschi« und anderer regimetreuer Jugendorganisationen ausgegeben hat. Allein die jährlichen Sommercamps von »Naschi« am Seliger See sollen zwischen sechs und sieben Millionen US-Dollar gekostet haben. Finanzielle Unterstützung ist dabei sowohl direkt als auch indirekt erfolgt, d.h. die Regierung hat eigene Mittel bereitgestellt, aber auch staatlich kontrollierte Unternehmen wie etwa den Energieriesen Gazprom ermutigt, die Aktivitäten von »Naschi« finanziell zu unterstützen.

»Naschis« Fähigkeit, Jugendliche zu mobilisieren, wurde überdies durch ihren privilegierten Zugang zu

den staatlich kontrollierten Massenmedien verstärkt. Die intensive Präsenz in den Medien begünstigte die Verbreitung ihrer Anliegen in alle Regionen Russlands. Durch ihre schrillen, lauten und provokativen Aktionen wurde die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf »Naschi« gezogen, während oppositionelle Stimmen und Anliegen aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt wurden. Sicherlich mobilisierungsfördernd war auch die explizite Nähe der Unsrigen zu Präsident Putin und seiner politischen Entourage. Nicht nur einmal besuchten die einflussreichen Präsidenten-Berater Surkow und Gleb Pawlowski sowie die damaligen Vizepremiere Sergej Iwanow und Dmitri Medwedjew das Sommerlager und werteten damit die Organisation und ihre Aktivisten in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich auf. Auch Putin selbst traf sich einige Male mit ausgewählten Vertretern von »Naschi«.

Nach Putin: Was wird aus »Naschi«?

Doch mit dem Ende der Ära Putin scheint auch das Ende der Erfolgsgeschichte von »Naschi« gekommen zu sein. Bereits 2007 drangen Gerüchte an die Öffentlichkeit, die Regierung wolle sich seiner jugendlichen Straßenkämpfer entledigen. Anzeichen hierfür sind Pläne, mindestens 45 der insgesamt 50 Regionalabteilungen von »Naschi« zu schließen und die Unsrigen mit anderen Kreml-treuen Jugendorganisationen zusammenzulegen. Bisherige Extras wie etwa kostenfreie Handys für »Naschi«-Kommissare wurden gestrichen und die Zuteilung finanzieller Mittel stärkeren Kontrollen unterworfen. Veranstaltungen wurden abgesagt und auch die Führungsriege der Organisation hat sich in den letzten Monaten in alle Winde zerstreut: Leonid Kurza, Leiter der Petersburger Filiale, hat ein Studium

im Ausland aufgenommen, Jakemenko wurde Anfang 2008 in ein Regierungsamt berufen. Er leitet nun die staatliche Kommission für Jugendbelange.

Augenscheinlich geht es weniger um eine vollständige Auflösung der Unsrigen als vielmehr darum, das Handlungspotenzial der Organisation einzuschränken. Erklären lässt sich dieses taktische Vorgehen am ehesten mit einem Abklingen der »oranen Panik« in den Reihen der Regierung nach dem russischen Wahlmarathon: Die Wunschparteien und Kandidaten des Kreml konnten sicher durch die kritische Wahlphase gebracht werden, die Kontinuität des politischen Regimes ist gewährleistet, Massenproteste auf Russlands Straßen sind ausgeblieben. Damit hat auch »Naschi« seine Schuldigkeit getan. Als verlängerter Arm der Regierung im Kampf gegen die »orange Gefahr« werden die Unsrigen nun nicht mehr gebraucht. Auch scheint sich nach den Wahlen ein neues Selbstverständnis und damit auch ein neuer Politikstil im Kreml durchzusetzen, für den nach außen vor allem Russlands neuer Präsident Medwedjew stehen soll: ein zivilisiertes Russland, das sich als Freund und Partner des Westens präsentiert. Die halbstarren Randalierer von »Naschi«, die auf Russlands Straßen gegen liberale Oppositionelle und den Westen gleichermaßen poltern, fügen sich schlecht in dieses neue Bild ein.

Indes zeigt die Zähmung von »Naschi« erste Wirkung: Eine jüngste Protestaktion vor der Delegation der Europäischen Kommission in Moskau, die sich gegen das von der EU Anfang 2008 ausgesprochene Einreiseverbot für elf »Naschi«-Aktivisten und Organisatoren der Massenproteste in Estland richtete, blieb ungewöhnlich gemäßigt im Ton und konnte nur eine Handvoll Jugendliche auf die Straße bringen.

Über die Autorin

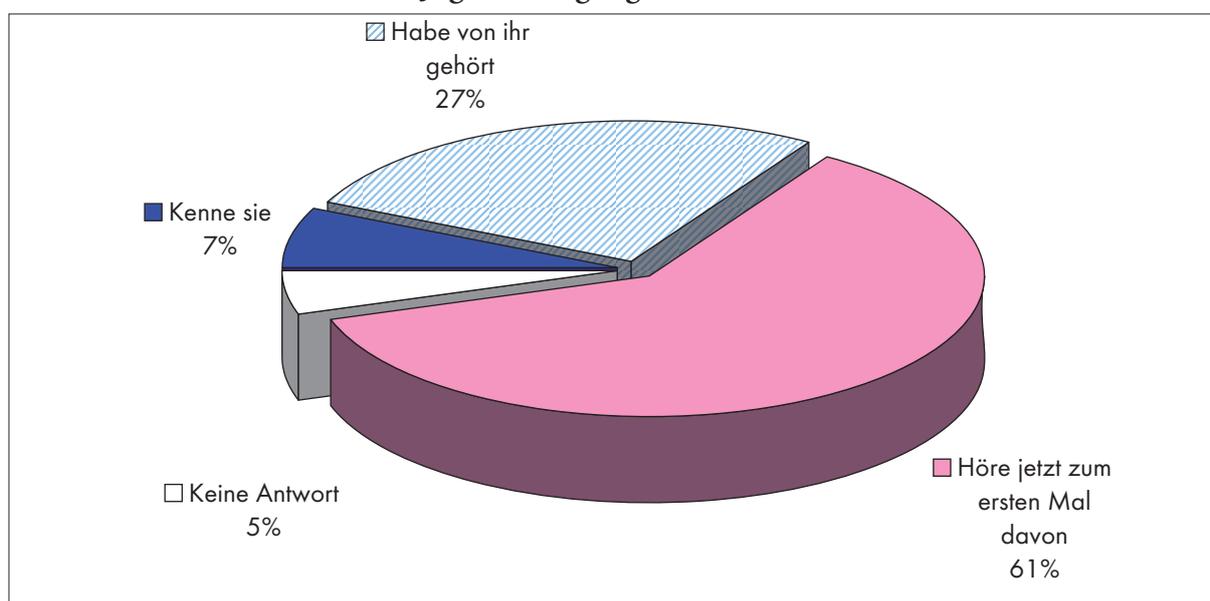
Dr. Regina Heller ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Sie beschäftigt sich mit russischer Innen- und Außenpolitik sowie mit den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Kürzlich erschienen ist ihre Dissertation mit dem Titel »Normensozialisation in Russland – Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation«, in der u.a. auch das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat in Russland beleuchtet wird.

Literaturtipps

- Buchacek, Douglas Robert: *Nasha Pravda, nashe delo: The Mobilization of the Nashi Generation in Contemporary Russia*, Carolina Papers Democracy & Human Rights No. 7, Chapel Hill 2006.
- Topalova, Viktoriya: *In Search of Heroes: Cultural Politics and Political Mobilization of Youths in Contemporary Russia and Ukraine*, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization* 14. 2006, Nr. 1, S. 23–41.
- Schwirtz, Michael: *Russia's Political Youths*, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization* 15. 2007, Nr. 1, S. 73–85.
- Thane Peterson: »A Talk with Putin's Inside Man«, in: *Businessweek*, 21.10.2002
http://www.businessweek.com/bwdaily/dnflash/oct2002/nf20021021_0216.htm

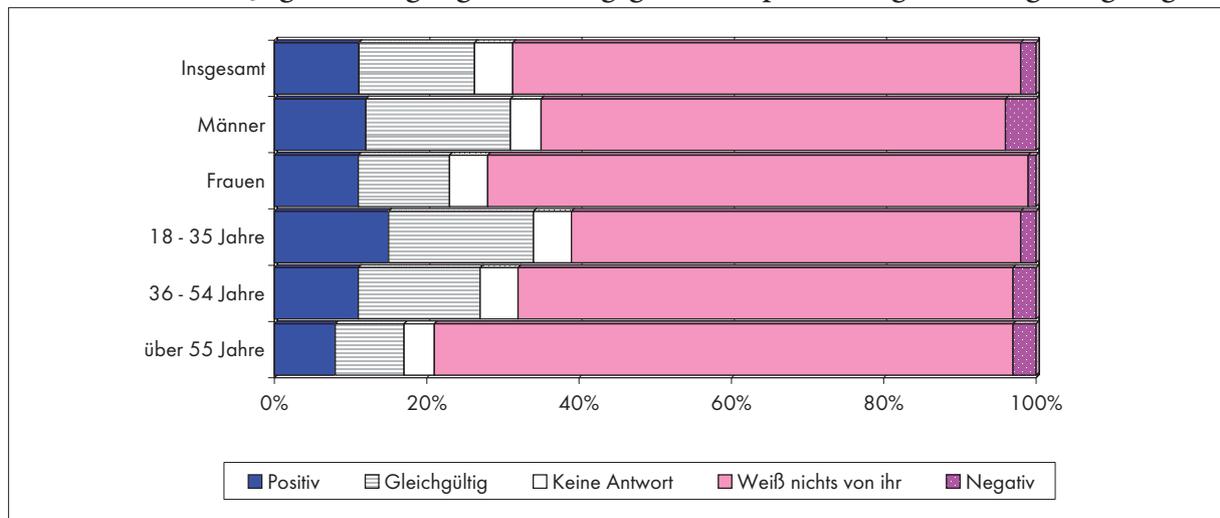
Umfrage
Jugend und Politik in Russland
Politische Jugendorganisationen in den Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (April 2007) ...

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 7.–8. April 2007
http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0725/domt0715_5/d071516

Wissen Sie von der Existenz der Jugendbewegung »Unsere« in Russland?

Über welche politische Jugendorganisation haben Sie etwas gehört? (Karte, beliebige Anzahl von Antworten / FOM, April 2007)

	Alle Befragten	18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre
Junge Garde des »Einigen Russlands«	17 %	24 %	16 %	10 %
Nationalbolschewiki (Nazboly, Limonowzy)	17 %	23 %	16 %	11 %
Bewegung »Naschi«	17 %	21 %	16 %	12 %
Junges Russland	9 %	14 %	8 %	4 %
Avantgarde der Roten Jugend	3 %	4 %	2 %	2 %
Volksdemokratische Jugendunion	2 %	4 %	2 %	1 %
Stimme der Jugend	2 %	5 %	1 %	1 %
Lokale	2 %	4 %	2 %	1 %
Bewegung gegen die illegale Immigration (DPNI)	2 %	3 %	2 %	1 %
Neue Menschen	2 %	4 %	1 %	1 %
Verteidigung	1 %	2 %	1 %	1 %
Sieg	0 %	0 %	0 %	0 %
Über alle aufgelisteten	1 %	1 %	1 %	0 %
Über keine der aufgelisteten	60 %	47 %	63 %	72 %
Keine Antwort	3 %	3 %	2 %	4 %

Wie stehen Sie der Jugendbewegung »Naschi« gegenüber – positiv, negativ oder gleichgültig?



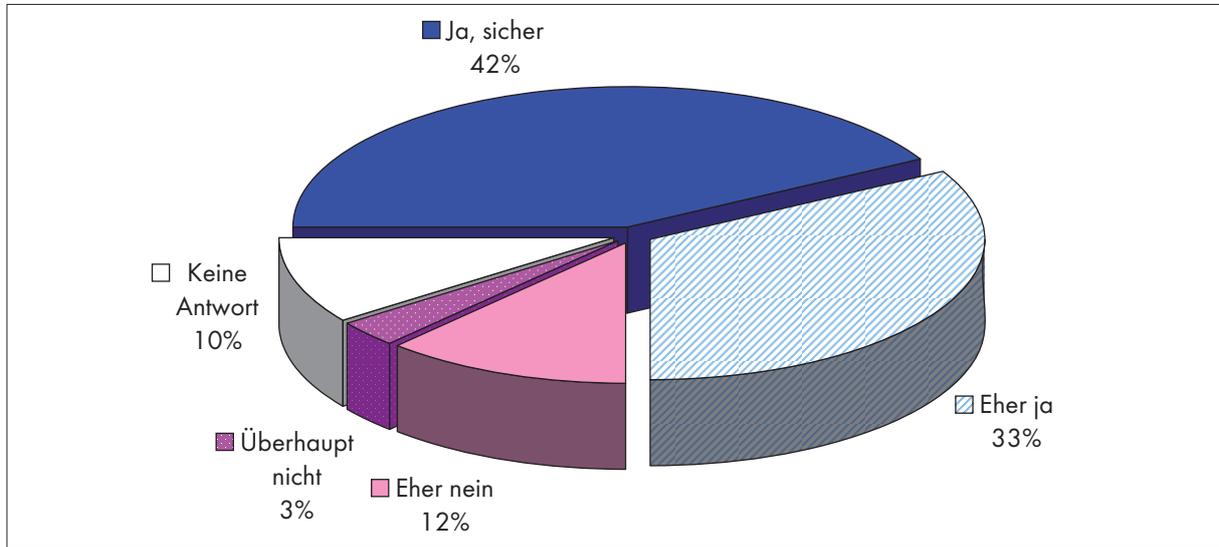
... und des WZIOM (Oktober 2007)

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. Oktober 2007

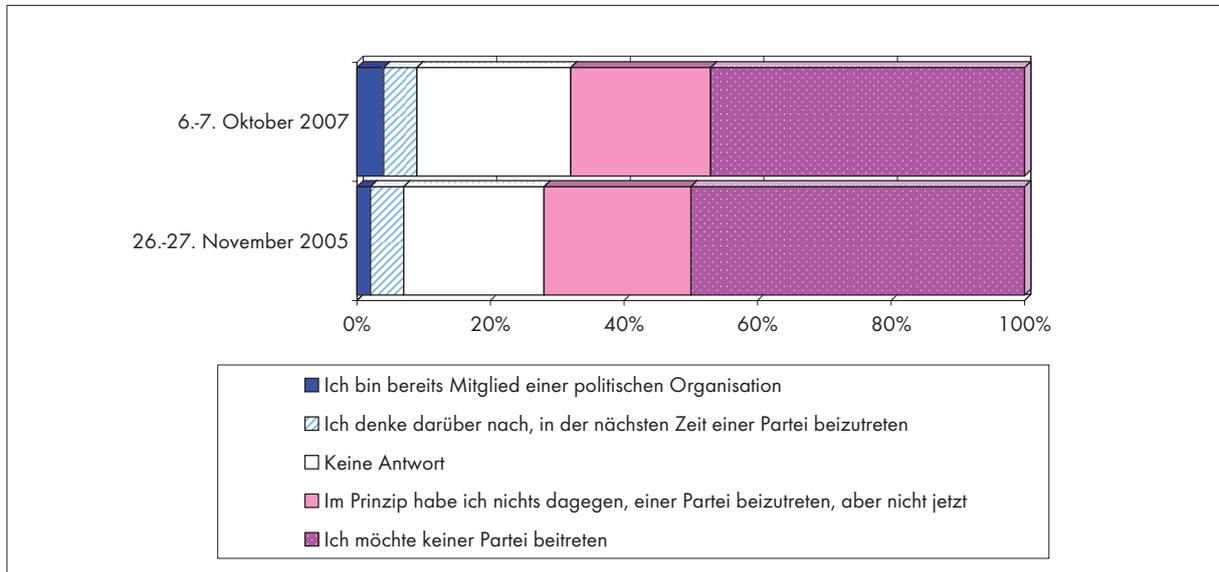
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9047.html>

	Welche der unten aufgelisteten politischen Jugendorganisationen und -bewegungen kennen Sie? (Beliebige Anzahl der Antworten)		Mit welchen von denen sympathisieren Sie am ehesten? (Bis zu fünf Antworten)	
	28.–29. Mai 2005	6.–7. Oktober 2007	28.–29. Mai 2005	6.–7. Oktober 2007
Bewegung »Naschi«	17 %	20 %	10 %	9 %
Nationalbolschewiki (Nazboly, Limonowzy)	13 %	16 %	1 %	0 %
Andere nationalpatriotische Jugendorganisationen (z. B. Skinheads u. a.)	12 %	16 %	1 %	1 %
»Schirinowskij's Falken«	8 %	12 %	2 %	3 %
»Gemeinsamer Weg«	13 %	9 %	4 %	3 %
Revolutionär-kommunistische Jugendunion (RKSM)	7 %	8 %	2 %	2 %
Junges »Jabloko«	10 %	8 %	2 %	1 %
Jugendorganisation der Union der Rechten Kräfte	10 %	7 %	3 %	2 %
Union der kommunistischen Jugend der RF	-	6 %	-	1 %
»Die ohne Putin Gehenden«	1 %	4 %	1 %	1 %
»Avantgarde der Roten Jugend« (AKM)	4 %	3 %	1 %	1 %
Jugendunion »Für die Heimat«	-	3 %	-	1 %
Russische Radikale	1 %	2 %	0 %	0 %
Jugendbewegung »Verteidigung«	2 %	2 %	2 %	1 %
Linksradikale Jugendunion »Attacke«	-	1 %	-	0 %
Eurasische Jugendunion	-	1 %	-	0 %
Kenne keine Jugendorganisationen	42 %	40 %	43 %	42 %
Keine Antwort oder kann mich nicht an den Namen erinnern	14 %	9 %	32 %	35 %

Sollte man Ihrer Meinung nach die Jugend zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben bewegen?



Wie würden Sie auf ein Angebot reagieren, Mitglied einer politischen Jugendorganisation zu werden? (Prozentanteil der Befragten von unter 30 Jahren)



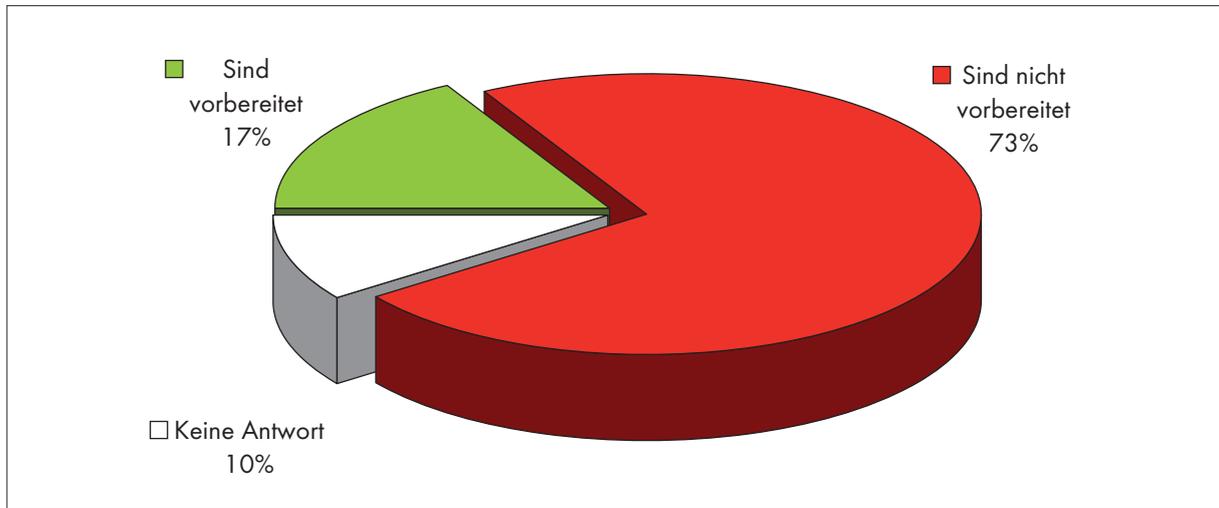
Die Sechzehnjährigen von heute

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 14.–15. Juni 2008
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0824/d082422>

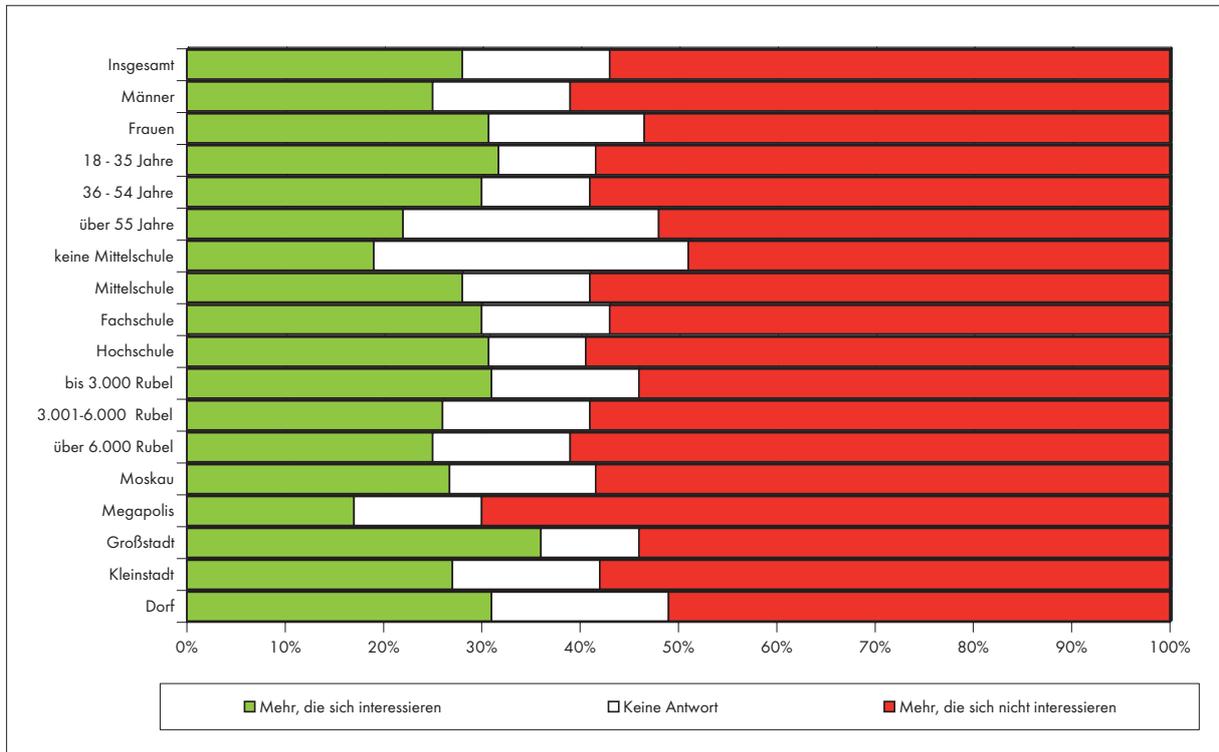
Welche der aufgelisteten Begriffe sind Ihrer Meinung nach für die heute Sechzehnjährigen am wichtigsten?

	Ins- gesamt	Män- ner	Frauen	18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre
Gutes Auskommen	59 %	58 %	59 %	58 %	65 %	51 %
Erfolg	39 %	41 %	38 %	42 %	42 %	31 %
Freiheit	35 %	36 %	34 %	41 %	36 %	28 %
Eigentum	29 %	33 %	26 %	27 %	34 %	24 %
Familie	23 %	21 %	25 %	26 %	21 %	21 %
Menschenrechte	21 %	17 %	24 %	25 %	21 %	15 %
Kraft	19 %	22 %	16 %	18 %	22 %	17 %
Frieden	19 %	17 %	20 %	19 %	19 %	18 %
Sicherheit	19 %	18 %	19 %	23 %	16 %	16 %
Stabilität	18 %	16 %	19 %	22 %	16 %	14 %
Würde	12 %	12 %	12 %	14 %	12 %	9 %
Gerechtigkeit	11 %	9 %	13 %	12 %	11 %	10 %
Schutz	10 %	8 %	12 %	13 %	10 %	6 %
Gesetz	10 %	11 %	8 %	11 %	10 %	8 %
Arbeit	9 %	9 %	8 %	11 %	7 %	8 %
Demokratie	8 %	8 %	8 %	8 %	9 %	8 %
Ordnung	7 %	7 %	7 %	8 %	6 %	7 %
Gewissen	6 %	6 %	6 %	7 %	6 %	5 %
Patriotismus	5 %	6 %	4 %	6 %	5 %	4 %
Starker Wille	4 %	4 %	5 %	7 %	3 %	2 %
Spiritualität	4 %	5 %	4 %	4 %	5 %	4 %
Religion	3 %	3 %	3 %	3 %	2 %	3 %
Toleranz	2 %	2 %	2 %	4 %	2 %	2 %
Großmacht	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %	3 %
Keiner der aufgelisteten	3 %	3 %	2 %	1 %	2 %	4 %
Keine Antwort	10 %	9 %	10 %	7 %	7 %	17 %

Sind die meisten Sechzehnjährigen heutzutage auf das selbstständige Leben vorbereitet?



Gibt es heute mehr Sechzehnjährige, die sich für die Lage im Land interessieren, oder mehr, die sich nicht interessieren?



Kommentar

Politskandal in Tambow und Homopolitik in Russland

Dietrich Beyrau, Tübingen

Während in Berlin am 27. Mai 2008 ein Denkmal für die homosexuellen und lesbischen Opfer des Nationalsozialismus geweiht wurde, wollte Oleg Betin, Gouverneur im fernen Tambow, eines der Zentren des russischen Schwarzerdegebietes, Homosexuelle am liebsten in der Luft zerreißen.

Den Anlass für diesen Zornesausbruch in der Presse lieferte die Affäre um den Stadtdirektor (gradonatschalnik) von Tambow, Maxim Kosenkow, einen sehr jungen Bürgermeister, der sich insbesondere um die Verschönerung des Zentrums verdient gemacht hat. Trotz seiner (angeblichen) homosexuellen Neigungen, über die bis dahin eher verhalten und desinteressiert geredet wurde, akzeptierte und schätzte ihn die Bevölkerung.

Ob der Wutausbruch des Gouverneurs nur mit Homophobie zu tun hat oder damit, dass Gerüchte umliefen, der Stadtdirektor habe Absichten auf den Gouverneursposten gehabt, muss fürs erste Spekulation bleiben.

Diese wie viele andere Affären in Russland zeichnen sich dadurch aus, dass heftige Bewegungen wie hinter einem Schirm erkennbar sind und dass die Medien nur bruchstückhafte und gezielte Informationen verbreiten. Man könnte diese Affären als Kämpfe unter dem Teppich einer mehr oder minder korrupten Herrschaftsklasse abtun, wenn sich dabei nicht zugleich auch Tragödien abspielen würden, die im russischen Fall vielleicht mehr als anderswo zum Risiko gehören, wenn man sich auf Politik einlässt.

Was ist passiert?

Tage nach dem Ereignis melden die Medien, dass der Stadtdirektor von Tambow in Moskau verhaftet worden sei, weil er zusammen mit seinem Fahrer und einer anderen Person seinen ehemaligen Geliebten entführt und in seiner Wohnung in Tambow festgehalten habe. Die Verhaftung erfolgte ohne Information der Justizstellen von Tambow und offenbar erst mehrere Tage, nachdem irgendwelche Spezialeinheiten aus Moskau den »Sexsklaven« des Stadtdirektors befreit hatten. (Dieser hatte zuvor im Hause des Stadtdirektors als Hausdiener (domrobotnik) gearbeitet.) Die Verhaftung lieferte dem Gouverneur von Tambow den Anlass, seiner Wut auf die schwule (im Russischen »blaue«/goluboe) »Kloake« in seiner Stadt freien Lauf zu lassen und, noch bevor Anklage erhoben oder gar ein Urteil gefällt worden ist, den alten durch einen neuen Stadtdirektor zu ersetzen. Dieser, so wird versichert, sei orthodox und ein guter Familienvater.

Vom verhafteten Stadtdirektor hörte man nicht viel: nur Andeutungen darüber, dass man ihm den Gouverneursposten in Aussicht gestellt habe, dass die Entführung erfunden sei. Seine Verteidigerin ließ sich sibyllisch darüber aus, dass es mit den persönlichen Beziehungen (und ihren sexuellen Implikationen) irgendwie anders bestellt sei als die Medien berichteten. Vergleichsweise spät ließ sich die Ehefrau des jungen Stadtdirektors vernehmen: Ihr Mann sei gar nicht homosexuell und wollte mit ihr, nachdem sie länger getrennt gelebt hatten, noch zwei Kinder zeugen.

Kurz zum Ablauf der Ereignisse nach den Angaben der Staatsanwaltschaft:

- 26. März 2008: Witalij Babij, ukrainischer Staatsbürger in Moskau lebend, wird in Moskau auf der Straße Borisoglebskie Prudy entführt und in das Haus des Tambower Stadtdirektors verbracht.
- 28. März 2008: W. Babij wird von bewaffneten Angehörigen des FSB und des UBOP befreit, ohne Festnahme der mutmaßlichen Entführer.
- 16. April 2008: M. Kosenkow wird in Moskau auf dem Zwetnoj Bulwar verhaftet.
- 22. April 2008: Der Fall Kosenkow wird der Untersuchungsbehörde bei der Moskauer Staatsanwaltschaft übergeben. Am gleichen Tag wird Anklage gegen Kosenkow, seinen Fahrer und eine dritte Person wegen Entführung (Art. 126 des Strafgesetzbuches der RF) erhoben. Kosenkow wird der Beihilfe beschuldigt.
- Mai/Juni 2008 Kosenkow und die Mitangeklagten bleiben in Untersuchungshaft. Eine Freilassung Kosenkows gegen Kaution wird abgelehnt.

Schattenspiele und Vorurteile

In Tambow wurde die Nachricht über die Entführung skeptisch aufgenommen, und die ganze Affäre gilt eher als eine Intrige gegen einen sympathischen und engagierten Stadtdirektor. Typisch für die Situation in Russland: Es gibt keine öffentlichen Proteste in der Stadt, und auch diejenigen Mitarbeiter des Stadtdirektors wehren sich nicht, die vom Gouverneur pauschal der »blauen« Kloake zugerechnet werden.

Diese Affäre ist einerseits Teil einer wenig transparenten Herrschaftskultur, die der Historiker E. L. Keenan einst mit Blick auf die späte Sowjetzeit als »Muscovite Political Folkways« bezeichnet hat: Innerhalb der Herrschaftsklasse kennen bestenfalls die *insider* die Spielregeln, für die Außenstehenden gibt es nur Schattenspiele zu sehen, deren Mechanik unsichtbar bleibt. So ist es auch in diesem Fall: Er weist eine Menge von Ungereimtheiten auf, die von Außenstehenden nicht zu klären sind. In den im Anhang abgedruckten Informationen eines Nachrichtendienstes von Tambow vom 25.4.2008 und in dem Interview von Wladimir Worsobin mit dem Gouverneur (Komsomolskaja Prawda vom 16.5.2008) sind einige dieser Ungereimtheiten genannt.

Der andere ebenso beunruhigende Teil besteht in den wüsten und beleidigenden Äußerungen des Gouverneurs von Tambow, die einer Vorverurteilung Kosenkows gleichkommen. Oleg Betin präsentiert sich als Saubermann, als gläubiger Orthodoxer, der genau weiß, was sich für einen Politiker im Bett gehört. Er ist sich seiner Sache wohl recht sicher und rechnet mit seinen homophoben Ergüssen offenbar auf Zustimmung. Eine Analyse allein des Interviews Worsobins würde deutlich machen, dass es ein Risiko darstellt, sich für die Rechte von Homosexuellen einzusetzen, ohne dabei die persönliche Distanz zur Homosexualität sichtbar und durch Anzüglichkeiten zur Schau zu stellen und – das hat wohl mit der »Macht« eines Gouverneurs zu tun –, sich wie ein Narr aufzuführen.

Dass eine solche Haltung in Russland nachvollziehbar ist, zeigen Vorgänge der letzten Jahre.

Homophobie und „Patriotismus“

Seit 1993 werden in Russland zwar gleichgeschlechtliche Beziehungen unter Erwachsenen nicht mehr strafrechtlich geahndet. Aber schon 2002 gab es eine Gesetzesinitiative von einem Dumaabgeordneten G. Rajkow, der Homosexualität wieder unter Strafe stellen wollte. Ihn beschäftigte offenbar besonders der Analverkehr unter Homosexuellen. Dass orthodoxe Kreise und Priester sich für eine Strafverfolgung von Homosexuellen einsetzen, weil dem Laster mit Beten nicht beizukommen ist, versteht sich fast von selbst. Solche Forderungen werden mit Argumenten verbunden, welche auf die Gefahren von Aids verweisen. Dabei dürfte Aids in Russland aber mehr mit Drogen als mit Homosexualität zu tun haben. Zudem werden in diesem Zusammenhang die geringe Kinderzahl und die Überalterung der Russen beklagt. Wenn dann noch von der Gefährdung der russischen Rasse geredet wird, ist das politische Spektrum erkennbar, in dem solche Argumente gepflegt und politisch aufgeladen werden. Vor dem Hintergrund dieser Art von homophober Agi-

tation versteht es sich, dass Forderungen nach Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder – weitergehend – von gleichgeschlechtlichen Ehen ohne Widerhall bleiben.

Nicht zuletzt unter dem Druck der Russisch-Orthodoxen Kirche darf über Sexualität in der Schule nach wie vor nicht unterrichtet werden, selbstverständlich auch nicht über Homosexualität. Sehr unvollständige Umfragen deuten auf eher reservierte Einstellungen in der Bevölkerung zur Homosexualität. Allerdings hat die Forderung nach ihrer Bestrafung im letzten Jahrzehnt abgenommen: Wenn laut WZIOM, dem Allrussischen Zentrum für das Studium der öffentlichen Meinung, 1990 noch 48 % der Befragten für eine »Isolierung«, d. h. für Freiheitsentzug für Homosexualität waren, sollen es 2005 nur noch 31 % gewesen sein. Die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen oder Partnerschaften lehnten 1995 38 % der Befragten ab, 2005 war diese Zahl auf 59 % gestiegen. 2005 begrüßte übrigens nach einer Umfrage desselben Instituts eine Mehrheit der befragten Moskauer das von ihrem Bürgermeister Lushkow ausgesprochene Verbot einer Love-Parade von Homosexuellen und Lesben. In einer Begegnung mit den Bürgermeistern von London, Berlin und Paris hat er sich übrigens gegen eine, wie er es nennt, öffentliche Propagierung von Homosexualität ausgesprochen. »Für Moskau ist die Propaganda von Homosexualität genauso unzulässig wie die für das Rauchen, weil die überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft die Propaganda für Homosexualität und für nicht traditionelle sexuelle Orientierungen nicht akzeptiert«. Gesetzeskonform lässt er sich aber dazu herbei, die Homosexuellen nicht zu schikanieren. (Der Bürgermeister von Berlin widersprach dem russischen Kollegen tapfer, hat aber bisher nicht auf eine Bitte reagiert, wegen der Affäre Kosenkow bei Lushkow zu intervenieren.)

Die Einstellung in der Gesellschaft zur Homosexualität dürfte insgesamt reserviert geblieben sein, zumal in der weiteren Öffentlichkeit eher Polemiken im oben angeführten Stil verbreitet werden. Die Betroffenen halten sich bedeckt, und nur wenige Aktivisten bekennen sich zur Homosexualität oder verteidigen die Rechte auch dieser Bevölkerungsgruppe. Ein Aufruf zur Koordination von Gruppen von Homosexuellen und Lesben oder Aufrufe, Diskriminierungen zu melden, hat bisher nichts gebracht. Aktiv sind nur wenige Gruppen. Umso höher ist einzuschätzen, dass es zwei Aktivisten unternahm, gegen den Gouverneur von Tambow ein Strafverfahren nach § 282 des Strafgesetzbuches (Hetze gegen Minderheiten etc.) anzustrengen. Und in Moskau hat eine kleine Gruppe, die sich »Freie Radikale« nennt, nach Anmeldung bei den Behörden demonstriert und Plakate mit Aufschriften wie »Betin, zerreiß Dich selber« oder »Homophobie – das ist Faschismus« hochgehalten.

Wenn Homosexualität auch ein Thema ist, dass in der Öffentlichkeit eher gemieden wird, so ist sie doch besonders gut geeignet, um Konkurrenten, Kritiker oder irgendwie unliebsame Personen kaltzustellen. Das gilt offenbar für den Fall Kosenkow.

Eine andere kriminelle Spielart des Umgangs mit Homosexualität ist ihr Missbrauch in geschlossenen Anstalten – die sog. Zwangshomosexualität, zu der junge Männer oder Jugendliche von Insassen in Gefängnissen und Lagern und, wie sich jetzt heraus-

stellt, auch in der Armee gezwungen werden. In den Lagern und Gefängnissen geschah und geschieht dies – nicht nur in Russland – unter Einsatz von Gewalt, in der Armee durch Erpressung, Schikane und wohl auch durch Gewalt. Diese letztere Form des »Dienstes für das Vaterland« scheint bisher toleriert zu werden, ist sie doch Teil einer Herrschafts- und Gewaltkultur, die auch schon ihren Niederschlag in der Belletristik, aber noch keinen Richter gefunden hat.

Über den Autor

Prof. Dr. Dietrich Beyrau lehrt osteuropäische Geschichte an der Universität Tübingen.

Dokumentation

Dokumente zur Affäre Kosenkow

Maxim Kosenkow hinter Gittern

Nowosti.TMW. Wse nowosti Tambowa i oblasti. 25.4.2008

Die Mitteilung sah aus wie ein verspäteter Aprilscherz, aber nach einiger Zeit bestätigte sie sich.

Nach den Angaben der Untersuchungsbehörde bei der Staatsanwaltschaft der RF wandte sich der Entführte – ein gewisser Witalij Babij, ein zwanzigjähriger Bürger der Ukraine – persönlich an die Miliz. Der junge Mann erzählte, dass Maxim Kosenkow ihn zusammen mit seinem Fahrer am 26. März gewaltsam aus Moskau entführt habe. [...]

Was ist tatsächlich passiert?

1 Die amtliche Version

Diese Version wirft viele Fragen auf. 1. Es ist absolut unklar, warum Kosenkow erst zwei Wochen nach der Befreiung des Entführten aus dem Haus des Entführers durch die Mitarbeiter des FSB verhaftet wurde. Es erstaunt ebenso, dass die Mitarbeiter des Moskauer (!) FSB sich so operativ darauf stürzten, den Ukrainer zu retten und in das Haus des Stadtdirektors von Tambow einzubrechen, und dies nur auf Grund eines Anrufes von Bekannten des Entführten. Und warum wurde in erster Linie nicht das Haus, wo sich der »Häftling« befand, durchsucht, sondern das Arbeitskabinett des Stadtdirektors?

Nachdem darüber informiert wurde, dass Babij zwei Jahre im Haus Kosenkows gelebt hatte, begannen viele Medien über die nicht traditionelle Orientierung des Stadtdirektors von Tambow zu schreiben, die angeblich das Motiv für die Entführung gewesen sei. [...]

»Alles Gerede über die nicht traditionelle sexuelle Orientierung ist Unsinn«, erzählte die Verteidigerin Irina Powerinowa in einem Interview. »Die Gerüchte sind bewusst in Umlauf gesetzt worden, um den Stadtdirektor anzuschwärzen. [...]

Unabhängig von den Motiven der wahrscheinlichen Entführung gibt es noch eine weitere schwache Stelle in der amtlichen Version. Es ist schwer zu glauben, dass Kosenkow nur auf Grund der Anzeige bei der Miliz durch einen Gastarbeiter verhaftet wurde. Gebt zu, dass es in unserem Land ohne die Unterstützung von Mächtigen dieser Welt nicht leicht ist, den ersten Mann der Stadtverwaltung hinter Gitter zu schicken.

2 Die finanzielle Version

Es ist kein Geheimnis, dass man angesichts der Existenz von Verbindungen und Mitteln auch dem ordentlichsten Menschen etwas unterschieben kann. Beweist man, dass Kosenkow ein brutaler Entführer ist oder stellt sich heraus, dass seine Verhaftung ein dummer Fehler ist, erweist sich in diesem Fall als nicht so wichtig. Nach einem solchen

Skandal ist es schwer vorstellbar, Kosenkow wieder in den Sessel des Stadtdirektors zu setzen. Und das ist vorteilhaft für diejenigen, deren Pläne der aktive City-Manager störte. In den letzten Jahren hat Kosenkow nicht wenig für die Stadt getan. Aber all diese Veränderungen zum Besseren, welche auch die Stadtbürger spürten, widersprachen oft den Interessen der Geschäftsleute. [...]

3 Die politische Version

Es wird vermutet, dass man Kosenkow vorgeführt habe, weil es Gerüchte über seine Aspirationen auf den Gouverneursposten gebe. Die politische Version vertritt auch die Verteidigerin des Verhafteten. »Die ganze Affäre um Maxim Kosenkow begann im Januar-Februar 2008, als erste Informationen über die Absichten auf den Gouverneursposten bekannt wurden«, sagte die Verteidigerin Irina Powerinowa im Interview mit der Zeitung »Kommersant«. »Kosenkow fuhr nach Moskau zum Kongress »Einiges Russland« in seiner Eigenschaft als Delegierter. Dort wurde er auch Wladimir Putin und Dmitrij Medwedjew als potentieller Kandidat für den Posten des Gouverneurs von Tambow vorgestellt. Am folgenden Tag verhaftete man Kosenkow.« [...]

Dossier

Maxim Kosenkow wurde am 28. Dezember 1975 in Tambow geboren. Er beendete die Technische Universität von Tambow in der Fachrichtung Jura. 1994 begann er, in der Bürgermeisterei von Tambow zu arbeiten. Die Bürgermeister-Behörde leitete er seit 1997. Im Jahre 2000 wurde er zum Stellvertreter des Bürgermeisters Aleksej Iljin ernannt. Im Jahre 2004 wurde er zum Stellvertreter des Gouverneurs Oleg Betin ernannt, er war verantwortlich für Soziales. Seit dem Jahre 2005 leitete er – als Stadtdirektor (gradonatschalnik) – die Stadtverwaltung von Tambow.

Gay-Skandal in Tambow: Die Stadt entledigte sich eines guten Bürgermeisters

Wladimir Worsobin, Komsomolskaja Prawda 16.5.2008

Unser Korrespondent versuchte herauszubekommen, wofür man tatsächlich den Stadtdirektor verhaftet hat.

Mit dem Gouverneur von Tambow, Oleg Betin, sprachen wir von Mann zu Mann, offen. Wie ein Normaler mit einem Normalen...

»Ich bin gegen Verzerrungen«, darauf beharrte der Gouverneur. »Die Grundsätze der Orthodoxie sind unerschütterlich. Leute, die politisch öffentlich aktiv sind, sind auch verpflichtet, hoch moralisch zu sein. Aber Kosenkow hat einen Schatten auf die Macht geworfen. Auf die russische Machtsphäre insgesamt!«

Dieser schreckliche Gedanke ließ Betin offensichtlich keine Ruhe.

»Man muss das säubern« (das schöne Wort brach aus dem Gouverneur heraus, aber ein anständiges Synonym war gleichwohl gefunden) »das giftige Nest! Ich habe das offiziell erklärt. Und die zentralen Medien muss man übrigens auch säubern.« (Betin schaute mich aufmerksam an). »Blau« gibt es bei Euch doch in Hülle und Fülle!«

Ich zuckte verwirrt mit den Schultern.

»Es gibt eine *site* der Schwulen und Lesben«, lächelte der Gouverneur plötzlich. »Ich weiß es, nach meinem Auftritt gegen Kosenkow haben sie sich sehr über mich geärgert...«

»Aber Toleranz«, erinnere ich schon im Weggehen.

»Was?« schnaubte Betin und mit bösem Ausdruck schritt er durch das geräumige Kabinett auf mich zu. »Toleranz?! Zum Teufel! Die Schwulen muss man in der Luft in Stücke reißen!«

»Genau! In Stücke!« redete ich dem Gouverneur nach dem Munde. Und gefühlvoll schüttelten wir uns die Hände. Unter uns, den rauen russischen Heterosexuellen gilt: In Fragen der Päderastie sind wir uns einig, da gibt es kein »Wenn und Aber«!

Ich schaute auf den verärgerten Gouverneur des Gebiets von Tambow, der den »Blauen« einen schonungslosen Krieg androhte, und dachte erschrocken: was tut sich hier, im armen Tambow! [...]

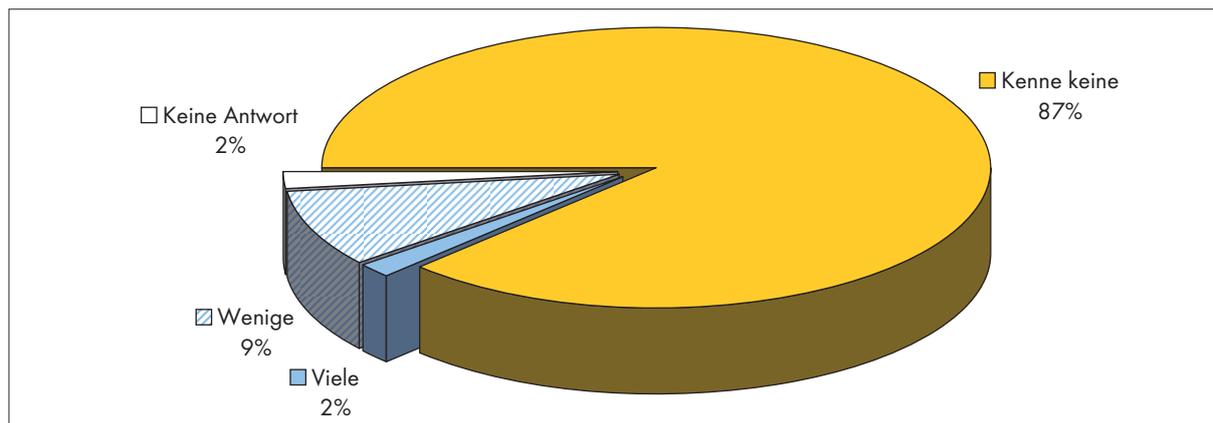
Übersetzung: Dietrich Beyrau

Umfragen

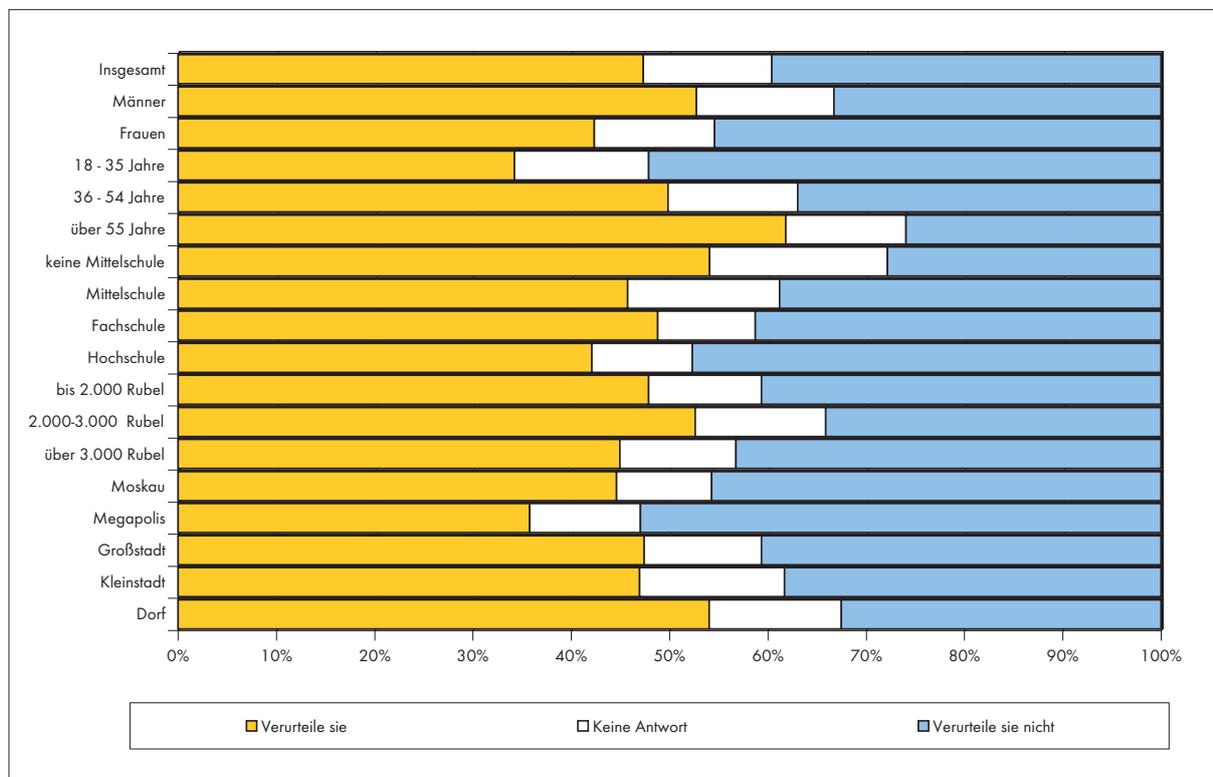
Haltung der russischen Gesellschaft zur Homosexualität

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) von 3.–4. Juni 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0622.zip>

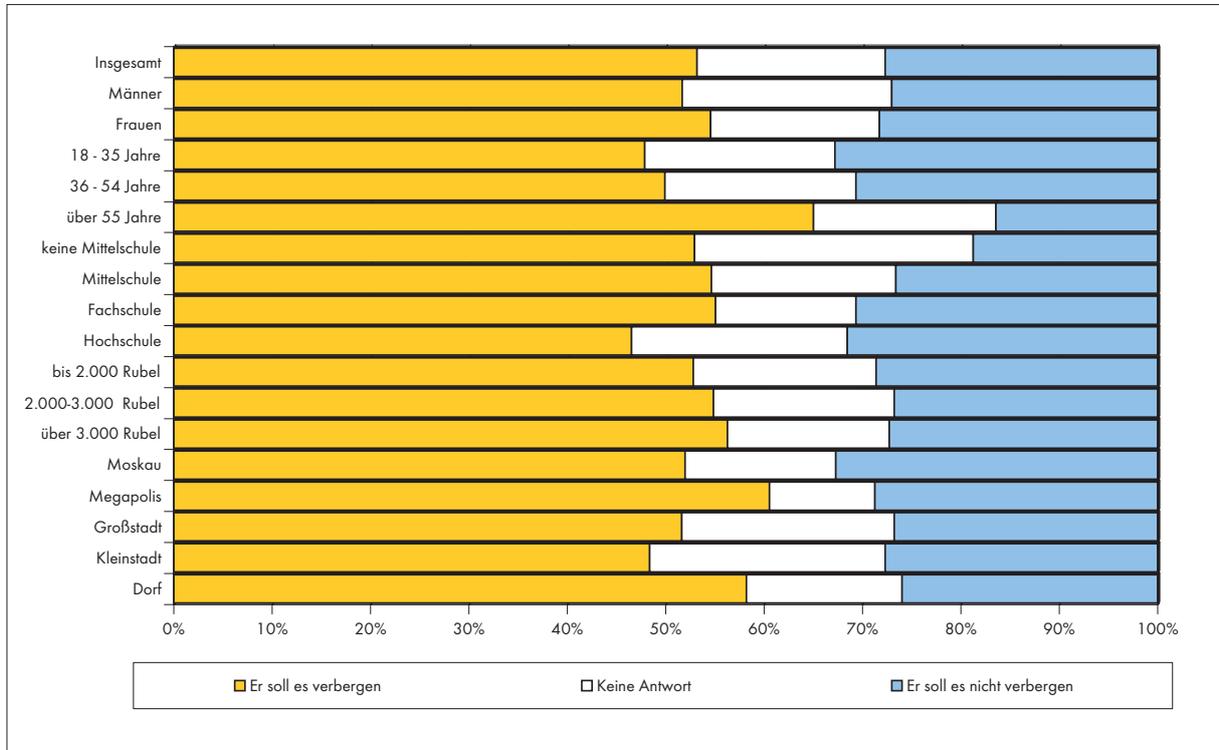
Kennen Sie persönlich Menschen, die zu sexuellen Minderheiten (Homosexuelle und Lesbierinnen) gehören?



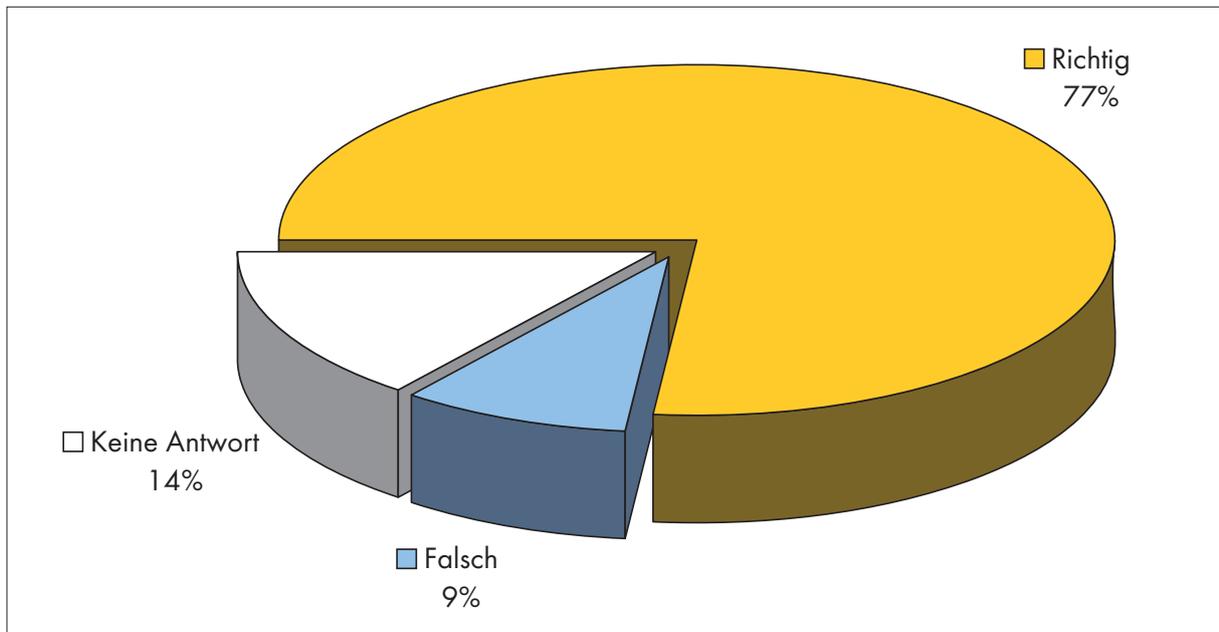
Wie stehen Sie persönlich zu Vertretern sexueller Minderheiten?



Was meinen Sie, wenn eine Person zu einer sexuellen Minderheit gehört, soll er das vor der Umwelt verbergen?



Hat die Moskauer Stadtverwaltung richtig oder falsch gehandelt, als sie die »Gay-Parade« verboten hat?



Dokumentation

Freedom House: Nations in Transit 2008

 Quelle: http://www.freedomhouse.hu/images/fdh_galleries/NIT2008/01_tables.pdf, 24. Juni 2008

Anmerkung: Die Ratings werden auf einer Skala von 1 bis 7 gewertet, wobei 1 den höchsten Level des demokratischen Fortschritts bezeichnet und 7 den niedrigsten. Die Ratings 2008 beziehen sich auf den Zeitraum 1. Januar – 31. Dezember 2007. Die Demokratiewertung ist der Durchschnitt der Werte für Wahlprozess (EP); Zivilgesellschaft (CS); Unabhängigkeit der Medien (IM); demokratische Governance auf nationaler Ebene (NGOV); demokratische Governance auf lokaler Ebene (LGOV); Rechtswesen und Unabhängigkeit der Rechtsinstanzen (JFI); und Korruption (CO).

Rating und Demokratiewertungen 2008	Wahlprozess (EP)	Zivilgesellschaft (CS)	Unabhängigkeit der Medien (IM)	Demokratische Governance auf nationaler Ebene (NGOV)	Demokratische Governance auf lokaler Ebene (LGOV)	Rechtswesen und Unabhängigkeit der Rechtsinstanzen (JFI)	Korruption (CO)	Demokratiewertung (DS)
Albanien	4,00	3,00	3,75	4,25	2,75	4,00	5,00	3,82
Armenien	5,50	3,50	5,75	5,25	5,50	5,25	5,75	5,21
Aserbaidschan	6,50	5,25	6,25	6,00	6,00	5,75	6,25	6,00
Belarus	7,00	6,50	6,75	7,00	6,75	6,75	6,25	6,71
Bosnien	3,00	3,50	4,25	5,00	4,75	4,00	4,25	4,11
Bulgarien	1,75	2,50	3,50	3,00	3,00	2,75	3,50	2,86
Kroatien	3,25	2,75	3,75	3,25	3,75	4,25	4,50	3,64
Tschechien	1,75	1,25	2,25	2,75	1,75	2,00	3,25	2,14
Estland	1,50	1,75	1,50	2,25	2,50	1,50	2,50	1,93
Georgien	4,75	3,50	4,25	5,75	5,50	4,75	5,00	4,79
Ungarn	1,75	1,50	2,50	2,25	2,25	1,75	3,00	2,14
Kasachstan	6,75	5,50	6,75	6,75	6,25	6,25	6,50	6,39
Kosowo	4,50	4,00	5,50	5,50	5,50	5,75	5,75	5,21
Kyrgystan	6,00	4,50	6,00	6,25	6,50	6,00	6,25	5,93
Lettland	2,00	1,75	1,75	2,00	2,25	1,75	3,00	2,07
Litauen	1,75	1,75	1,75	2,50	2,50	1,75	3,75	2,25
Mazedonien	3,25	3,25	4,25	4,00	3,75	4,00	4,50	3,86
Moldowa	3,75	3,75	5,50	5,75	5,75	4,50	6,00	5,00
Montenegro	3,25	2,75	3,75	4,25	3,25	4,00	5,25	3,79
Polen	2,00	1,25	2,25	3,50	2,25	2,50	3,00	2,39
Rumänien	2,75	2,25	3,75	3,75	3,00	4,00	4,00	3,36
Russland	6,75	5,50	6,25	6,25	5,75	5,25	6,00	5,96
Serbien	3,25	2,75	3,75	4,00	3,75	4,50	4,50	3,79
Slowakei	1,50	1,50	2,50	2,50	2,25	2,50	3,25	2,29
Slowenien	1,50	2,00	2,25	2,00	1,50	1,50	2,25	1,86
Tadschikistan	6,50	5,50	6,00	6,25	6,00	6,00	6,25	6,07
Turkmenistan	7,00	7,00	7,00	7,00	6,75	7,00	6,75	6,93
Ukraine	3,00	2,75	3,50	4,75	5,25	4,75	5,75	4,25
Usbekistan	7,00	7,00	7,00	7,00	6,75	6,75	6,50	6,86
Durchschnitt	3,91	3,44	4,28	4,51	4,26	4,19	4,78	4,19
Median	3,25	3,00	3,75	4,25	3,75	4,25	5,00	3,86

Demokratiewertung 1999–2008 (ausgewählte Länder)

	1999–2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Tschechien	2,08	2,25	2,46	2,33	2,33	2,29	2,25	2,25	2,14
Polen	1,58	1,58	1,63	1,75	1,75	2,00	2,14	2,36	2,39
Estland	2,25	2,13	2,00	2,00	1,92	1,96	1,96	1,96	1,93
Lettland	2,29	2,21	2,25	2,25	2,17	2,14	2,07	2,07	2,07
Litauen	2,29	2,21	2,21	2,13	2,13	2,21	2,21	2,29	2,25
Armenien	4,79	4,83	4,83	4,92	5,00	5,18	5,14	5,21	5,21
Aserbaidshan	5,58	5,63	5,54	5,46	5,63	5,86	5,93	6,00	6,00
Belarus	6,25	6,38	6,38	6,46	6,54	6,64	6,71	6,68	6,71
Georgien	4,17	4,33	4,58	4,83	4,83	4,96	4,86	4,68	4,79
Kasachstan	5,50	5,71	5,96	6,17	6,25	6,29	6,39	6,39	6,39
Kyrgyzstan	5,08	5,29	5,46	5,67	5,67	5,64	5,68	5,68	5,93
Moldowa	4,25	4,29	4,50	4,71	4,88	5,07	4,96	4,96	5,00
Russland	4,58	4,88	5,00	4,96	5,25	5,61	5,75	5,86	5,96
Tadschikistan	5,75	5,58	5,63	5,63	5,71	5,79	5,93	5,96	6,07
Turkmenistan	6,75	6,83	6,83	6,83	6,88	6,93	6,96	6,96	6,93
Ukraine	4,63	4,71	4,92	4,71	4,88	4,50	4,21	4,25	4,25
Usbekistan	6,38	6,42	6,46	6,46	6,46	6,43	6,82	6,82	6,86

Chronik

Vom 26. Juni bis zum 10. Juli 2008

26.6.2008	Der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg gibt der Forderung dreier Tschetschenen statt, die den russischen Staat für das Verschwinden ihrer Angehörigen verantwortlich machen. Es wird eine Strafe von 112.000 Euro verhängt.
26.6.2008	Nach der 0:3-Niederlage Russlands gegen Spanien bei den Fußball-Europameisterschaften kommt es zu keinen größeren Ausschreitungen unter den enttäuschten Fans.
27.6.2008	Auf dem EU-Russland-Gipfel in Chantij-Mansijsk wird beschlossen, am 4.7.2008 mit einer neuen Verhandlungsrunde zum Partnerschaftsvertrag zu beginnen, einen genauen Zeitplan gibt es vorläufig nicht.
27.6.2008	Der ehemalige Ministerpräsident Viktor Subkow löst Dmitrij Medwedjew auf dem Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Gazprom ab.
27.6.2008	Bei einer Spezialoperation von Truppen des Innenministeriums und des FSB in Separatornyj (Machatschkala, Dagestan) werden drei Personen getötet.
27.6.2008	Bei einem Schusswechsel im Rayon Wedeno (Tschetschenien) werden zwei Freischärler und vier Angehörige der Sicherheitskräfte getötet.
28.6.2008	Im Rayon Schatoy (Tschetschenien) werden zwei Angehörige der Miliz (Polizei) und zwei Einwohner von Freischärlern getötet.
29.6.2008	Der Radiosender »Echo Moskwy« meldet, die Chefredakteurin von The New Times, Irena Lesnewskaja, habe sich an Präsident Dmitrij Medwedjew gewendet, um für die moldawische Journalistin Natalja Morar, der seit Dezember 2007 die Einreise nach Russland verweigert wird, die russische Staatsbürgerschaft zu erbitten.
30.6.2008	Bei zwei Sprengstoffanschlägen in der Nähe des Marktes von Suchumi (Abchasien) werden sechs Personen verletzt. Am Vortag waren bereits zwei Bomben in Gagri explodiert. Der Präsident der nicht anerkannten Republik Abchasien macht Georgien für die Explosionen verantwortlich und schließt tags darauf die Grenze zu Georgien.
30.6.2008	Gegen Michail Chodorkowski und Platon Lebedjew liegt eine neue Anklageschrift vor, die sich jedoch kaum von einer früher eingereichten unterscheidet. Die Anwälte vermuten, dass der Prozess damit in die Länge gezogen werden soll.
1.7.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew empfängt Terry Davis, den Generalsekretär des Europarates.
1.7.2008	Bei einem Schusswechsel in Naltschik (Karabado-Balkarien) wird ein Freischärler durch Sicherheitskräfte getötet.
2.7.2008	In Malgobek (Inguschetien) werden Angehörige der Sicherheitskräfte mit Maschinengewehren und Granatwerfern beschossen. Zwei Personen werden getötet.
2.7.2008	Präsident Medwedjew empfängt die russische Nationalmannschaft, die bei den Fußball-Europameisterschaften den dritten Platz erreicht hat.
3.7.2008	Ministerpräsident Wladimir Putin unterschreibt eine Anordnung, die die Zahl der internationalen Organisationen, deren Zuwendungen auch von russischen Empfängern nicht versteuert werden müssen, von 101 auf 12 reduziert.
3.7.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew gibt dem Gesuch Roman Abramowitschs statt, seine Position als Gouverneur Tschukotkas verlassen zu dürfen. Dieses hatte er bereits im Dezember 2006 eingereicht. Seine Position wird sein bisheriger Stellvertreter Roman Kopin einnehmen.
3.7.2008	Der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg verurteilt Russland, weil ein Wehrpflichtiger als Strafe zu 350 Kniebeugen gezwungen wurde und sich dabei eine Rückenverletzung zuzog.
3.7.2008	Am späten Abend werden der Vorsitzende der Notarkammer des Moskauer Gebiets, Wladimir Tschelyschew, und sein Fahrer in einem Moskauer Hauseingang erschossen.
3.7.2008	Staatsbesuch Dmitrij Medwedjews in Aserbaidschan. Gespräche mit dem aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew.
4.7.2008	Staatsbesuch Dmitrij Medwedjews in Turkmenistan. Gespräche mit dem turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchamedow.

4.7.2008	Bei Schusswechseln in der Grenzregion zwischen Südossetien und Georgien werden drei Personen getötet. Nach südossetischen Angaben handelt es sich dabei um einen georgischen Angriff. Südossetien ruft daraufhin zur »Generalmobilmachung« auf. Der russische Außenminister Lawrow fordert Georgien auf, mit Abchasien und Südossetien einen Nicht-Angriffspakt zu schließen.
5.7.2008	Teilnahme Präsident Medwedjews an dem Festakt zum zehnjährigen Bestehen der neuen Hauptstadt Kasachstans, Astana. Im Kontext der Feierlichkeiten trifft Medwedjew mit dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, seinem georgischen Amtskollegen Michail Saakaschwili, dem jordanischen König Abdullah II. bin al-Hussein und dem türkischen Präsident Abdullah Gül zusammen.
5.7.2008	Bei einem Einsatz gegen Untergrundkämpfer, die zuvor bei zwei Angriffen einen Angehörigen der schnellen Eingreiftruppen getötet hatten, werden in Inguschetien zwei Guerillakämpfer sowie vier Angehörige der Sicherheitskräfte getötet.
6.7.2008	In Barsuki (Inguschetien) wird der Leiter der Drogenbehörde in seinem Auto durch Schüsse getötet.
6.7.2008	Irakli Zanawa, Vertreter der von Georgien unterstützten abchasischen Exilregierung, beschuldigt Russland, 45 Eisenbahnwaggons mit Waffen und Rüstungstechnik nach Abchasien gebracht zu haben.
7.7.2008	Bei einer Explosion in Gali (Abchasien) kommen vier Menschen ums Leben, darunter der dortige Sicherheitschef. Abermals beschuldigt Abchasien Georgien des Terroranschlags.
7.7.2008	Die BBC meldet in Ihrer Abendsendung, dass nach einer Information aus Whitehall hohe britische Sicherheitsleute davon ausgehen, dass der russische Staat in den Mord an Alexander Litwinenko verwickelt ist.
7.7.2008	Wladimir Potanin wird zum Vorsitzenden des Direktorenrats von »Norilskij Nikel« gewählt, sein Vertrauter Sergej Batechin zum Generaldirektor. Potanin sucht damit seine Position in dem Unternehmen zu sichern, auf das auch der Milliardär Oleg Deripaska Einfluss gewinnen will.
7.7.2008	Auf dem Truppenübungsplatz Sergejewka (Militärbezirk Fernost) erschießt ein Zeitsoldat drei seiner Kameraden und tötet sich dann selbst.
7.–9.7.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew nimmt am G8-Gipfel in Tōyako (Japan) teil. Am Rande der Veranstaltung führt Medwedjew Gespräche mit dem US-Präsidenten George W. Bush, Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und dem britischen Premierminister Gordon Brown, dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und dem japanischen Ministerpräsidenten Yasuo Fukuda.
9.7.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew erklärt vor der Presse, er bedauere die Unterzeichnung des Abkommens über die Stationierung von Elementen eines Raketenabwehrsystems in Tschechien, das am 8.7. von den Außenministern der USA und Tschechiens unterzeichnet worden ist.
9.7.2008	Eine Gruppe von 15 Freischärlern dringt in den Ort Mushitschy (Inguschetien) ein und erschießt drei Personen, denen Verbindungen mit den Sicherheitskräften nachgesagt werden.
9.7.2008	Auf der Fernstraße »Kawkas« wird unweit des Dorfes Pokrowskoe (Dagestan) ein Fahrzeug der Sicherheitskräfte in die Luft gesprengt. Es gibt keine Opfer.
9.7.2008	Ministerpräsident Wladimir Putin unterzeichnet den Erlass zur Bildung der Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen in Russland.
9.7.2008	Im Kodori-Tal kommt es zu einem Feuergefecht zwischen georgischen und abchasischen Sicherheitskräften. Dabei werden angeblich zwei Abchasen und ein Georgier verwundet. Die Versionen beider Seiten über den Hergang der Ereignisse weichen voneinander ab.
10.7.2008	In Peking werden die sechsstufigen Konsultationen über das nordkoreanische Nuklearprogramm wieder aufgenommen. Daran nehmen neben China, den USA, Japan und Russland Vertreter der beiden koreanischen Staaten teil.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de